

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Thomas-Sönke Kluth, Katja Suding, Finn-Ole Ritter,
Anna-Elisabeth von Treuenfels, Robert Bläsing (FDP) und Fraktion**

zu Drs. 20/10440

**Betr.: Entwicklung einer maritimen Gesamtstrategie für HSH Nordbank,
Hapag-Lloyd, Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft und
Hamburg Port Authority („H4-Strategie“)**

Der Hamburger Hafen ist der Motor der Metropolregion Hafen. Mehr als 133.500 Beschäftigte, 12,5 Milliarden Euro Wertschöpfung und circa ein Zehntel der in Hamburg verbleibenden Steuernahmen hängen vom Hamburger Hafen ab. Im vergangenen Jahr konnte der Hamburger Hafen den Containerumschlag um 14,2 Prozent auf circa 9 Millionen TEU steigern und ist nun wieder der zweitgrößte europäische Containerhafen. Vor diesem Hintergrund steht die Hamburgische Bürgerschaft in der Verantwortung, gemeinsam mit allen Akteuren im Hamburger Hafen eine maritime Gesamtstrategie zu entwickeln. Es ist dabei jedoch nicht ausreichend, allein den Senat aufzufordern, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Bürgerschaft muss in dieser für Hamburg zentralen Frage eigene Vorstellungen und Entwicklungsperspektiven erarbeiten und zur Diskussion stellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 über den Stand des EU-Beihilfverfahrens wegen der Wiedererhöhung der Garantien der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein zu berichten;
2. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 über seine Beteiligungsstrategie bei der HSH Nordbank zu berichten und dabei auch die unterschiedlichen Handlungsoptionen darzustellen, wie sie sich je nach Ausgang des EU-Beihilfverfahrens ergeben können, also einschließlich einer Abwicklung („Plan B“);
3. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 über seine Beteiligungsstrategie bei Hapag-Lloyd zu berichten, und zwar einschließlich einer Einschätzung der zukünftigen Eigentümerstruktur und einer aktualisierten Ausstiegsstrategie bis spätestens 2015;
4. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 über den Stand sowie die voraussichtliche Dauer des Klageverfahrens gegen die Elbvertiefung vor dem Bundesverwaltungsgericht zu berichten und eine Einschätzung der sich je nach dem Ausgang des Verfahrens oder der Verfahrensdauer für den Hafen, die HHLA und Hapag-Lloyd konkret ergebenden Folgen abzugeben;
5. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 darüber zu berichten, welche Folgen sich aus den aktualisierten Entwicklungsprognosen beim Containerumschlag für die Hafentwicklungsplanung 2025 ergeben;

6. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 zu berichten, wie die Finanzierung der Infrastruktur- und Verkehrsvorhaben im Hafbereich zukünftig erfolgen soll, nachdem die HHLA-Milliarde verbraucht oder verplant ist, wie hoch der Finanzierungsbedarf ist und von welchen Bauzeiten und Fertigstellungsterminen der Senat ausgeht („Masterplan Infrastruktur und Verkehr Hafen Hamburg“);
7. bis zum 30. September 2014 unter Beteiligung der Hafenwirtschaft, der betroffenen Wirtschaftsbeteiligten und ihrer Verbände, der Gewerkschaften sowie der Handelskammer eine „Maritime Gesamtstrategie 2030“ zu entwickeln und der Bürgerschaft vorzulegen.